

Beschlussvorlage

Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung am 20.01.2026

**Gewerbegrundstücke der Stadt Flensburg, Status Quo - und zukünftige strategische Ausrichtung der Stadtplanung für den Ausweis von Industrie- und Gewerbeflächen
Antrag der Flensburger Ratsfraktionen CDU/SSW/SPD/FDiF**

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Strategieprozess zum Themenbereich „Gewerbegrundstücke der Stadt Flensburg, Status Quo - und zukünftige strategische Ausrichtung der Stadtplanung für den Ausweis von Industrie- und Gewerbeflächen“ vorzubereiten. Der Strategieprozess sollte noch im ersten Quartal 2026 stattfinden und kann somit als Handlungsgrundlage für den Ankauf weiterer Flächen und Immobilien (für eine anschließende gewerbliche Nutzung) dienen. In den Strategieprozess sollten neben den inhaltlichen Handlungsoptionen von städtischen Flächen einzelner Quartiere auch die Sanierungsgebiete einbezogen werden.

Begründung:

Die zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen innerhalb des Stadtgebietes sind begrenzt. Seit mehr als sechs Jahren bemüht sich die Stadt Flensburg durch strategische Ansätze (u.a. durch das Vier Säulen Modell) planungsrechtliche Handlungsgrundlagen zu schaffen. Ein Ansatz aus dem Vier Säulen Modell war u.a. die Durchführung von Potentialflächen Analysen im Stadtgebiet für alle bestehenden Gewerbegebiete, mit dem Ziel, Nachverdichtungspotentiale zu ermitteln. Die Datengrundlagen liegen bereits länger vor und haben gezeigt, dass es nur in einem sehr eingeschränkten Umfang Ansätze gibt, Gewerbebetrieben mit Wachstumspotential, Angebote durch Nachverdichtungen zu schaffen. Daraus abgeleitet brauchen wir für die Zukunft eine durch die Politik klar definierte, strategische Ausrichtung und klare Zuständigkeiten. Welche Angebote können wir zukünftig Unternehmen mit Wachstumspotential oder auch Unternehmen, die sich im Oberzentrum ansiedeln möchten, machen, wer ist Ansprechpartner und zuständig für die Umsetzung?

Wir sind aufgefordert zu Lösungsansätzen zu kommen, denn wir erleben derzeit eine verstärkte Abwanderung von leistungsstarken Unternehmen, denen wir keine adäquaten Gewerbeflächen anbieten können. Welche Stellschrauben haben wir? Wie sieht die mittelfristige Entwicklung von Flächen und Immobilien aus, definiert auf einer Zeitachse? Muss die interkommunale Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden? Wie sieht die weitere Entwicklung Hafen Ost aus? Können wir hier Flächen für gewerbliche Entwicklungen schaffen und wann wird dies so weit sein? Diese und noch weitere Fragen sollen in dem Strategieprozess zur Diskussion gestellt werden mit dem Ergebnis, dass die Stadtplanung eine inhaltliche Bewertung durch die Politik in ihre Planungen einbeziehen kann.

Für den Strategieprozess ist es erforderlich, alle Stakeholder zu beteiligen.

An dem Strategieprozess sollten daher neben KI, dem Dezernat für Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Stabsstelle Wirtschaft, der WiREG, (maximal) zwei Vertreter jeder Ratsfraktion teilnehmen.

Zeitpunkt der Umsetzung:

Sofort

Finanzierung/Folgekosten:

Dieser Antrag löst ggfls. Kosten u.a. in der Stadtplanung/KI/SVIS aus.

Berichterstattung: Barbara Asmussen

Thomas Dethleffsen

Mats Rosenbaum

Justus Klebe

Sergej Titajeff